

Migrationsforschung als Öffentliche Soziologie?

Ein Bericht zur Tagung „Migration, Integration und Demokratie“ der Sektion *Migration und ethnische Minderheiten* der DGS, des Hamburger Instituts für Sozialforschung und des Instituts für Soziologie der Universität Hamburg am 24. und 25. Oktober 2013 in Hamburg¹

AutorInnen: Annette Treibel und Norbert Cyrus

Am 24. und 25. Oktober 2013 fand am Hamburger Institut für Sozialforschung die Tagung „*Migration, Integration und Demokratie*“ statt. Auf Initiative von Norbert Cyrus, Mitglied des Vorstands der Sektion und damaliger Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS), war die Tagung und in Kooperation mit der Sektion (vertreten durch die Sektionssprecherin Annette Treibel) und dem Institut für Soziologie der Universität Hamburg (vertreten durch Vassilis Tsianos) vorbereitet und durchgeführt worden. Die Tagung war mit insgesamt 70 Teilnehmenden aus dem In- und Ausland sehr gut besucht. Neben Studierenden, PromovendInnen, Postdocs, jüngeren und ‚Senior‘-WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Hochschulen, Instituten und Fachrichtungen waren auch VertreterInnen von Behörden und PraktikerInnen der Einladung gefolgt.

Der thematische und inhaltliche Fokus war mit dem Titel „Migration, Integration und Demokratie“ prägnant und ergebnisoffen umrissen. Die aktuellen Forschungsbeiträge sowie der Demokratiebezug und der Öffentlichkeitsbezug der Migrationsforschung wurden lebhaft erörtert, wie die folgenden Ausführungen illustrieren sollen.

Konzeption der Tagung

Für die soziologische Migrationsforschung, so die Ausgangsthese der Veranstaltungskonzeption, bildet ‚Demokratie‘ den empirischen Ausgangs- und normativen Bezugspunkt. Denn die Erforschung von Integrations- und Migrationsprozessen ist im deutschen Sprachraum überwiegend auf soziale Sachverhalte und öffentliche Probleme ausgerichtet, die sich aus dem Anspruch ergeben, demokratisch konstituierten und legitimierten Regelungen Geltung zu verschaffen: So sind die aktuellen migrationspolitischen Maßnahmen zur Förderung und Forderung der Integration sowie zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung demokratisch legitimierte Entscheidungen, die dem Ziel dienen sollen, die demokratische Lebensform abzusichern und vor Überforderung zu schützen.² Aber auch KritikerInnen der Einwanderungs- und Integrationsbestimmungen berufen sich auf demokratische Werte: Im Bereich der Integrationspolitik wird z.B. kritisiert, dass die Balance zwischen formaler Mehrheitsregel und Schutz von Minderheitenrechten, die konstitutionelle Demokratien auszeichnet, durch einen ‚Integrationszwang‘ verletzt wird.³ Betont wird auch, dass in restriktiven Politiken der Anspruch auf Beteiligung der jeweils Betroffenen in demokratischen Entscheidungsverfahren und die Berücksichtigung ihrer legitimen Interessen in der Migrations- und Integrationspolitik nicht angemessen erfüllt wird.⁴

¹ Eine gekürzte Fassung erscheint in: *Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (Heft 3, 2014).

² So lautete das zentrale Argument von Habermas, Jürgen (1996), *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 264-271.

³ Siehe Hess, Sabine; Binder, Jana; Moser, Johannes (Hg.) (2009): *No Integration!?* Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld: transcript.

⁴ Eine fundierte Erörterung der Berücksichtigung minoritärer Interessen in Demokratien bietet Rosanvallon, Pierre (2010), *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Hamburg: Hamburger Edition; zur fehlenden Berücksichtigung der von demokratisch legitimierten Entscheidungen betroffenen MigrantInnen siehe Abizadeh, Arash (2008), *Democratic Theory and Border Coercion. No Right to Unilaterally Control Your Own Borders*, in: *Political Theory* 36 (1) 37-65; sowie Cyrus, Norbert (2011), *Migration ohne Grenzen? Politische Optionen zum Umgang mit irregulären Wanderungsbewegungen*. In: Mylius, Maren; Wiebke, Borschlegl; Frewer, Andreas (Hg.), *Medizin für Menschen ohne Papiere. Menschenrechte und Ethik in der Praxis des Gesundheitssystems*, Göttingen: v & r, 63-82.

Da normative Positionen in Demokratien bei kontroversen ‚öffentlichen Problemen‘ idealerweise durch wissenschaftliche Erkenntnisse gestützt sein sollen, wird an die Migrationsforschung zudem eine gesellschaftliche Erwartung herangetragen, sich am ‚öffentlichen Vernunftgebrauch‘ zu beteiligen und rationale Argumente und Entscheidungshilfen in gesellschaftlich umstrittenen Fragen zu liefern.⁵ In den wissenschaftlichen Beiträgen zu migrationspolitischen Diskussionen um die Migrationspolitik, so lässt sich beobachten, wurde die Grenze zwischen wissenschaftlich begründeter und politisch motivierter Stellungnahme in der Vergangenheit mehrfach verwischt. Dennoch bleiben öffentliche Erwartungen bestehen, dass die Wissenschaft fundierte Informationen und Erklärungen liefert.

Die Implikationen der wechselseitigen Durchdringung von institutionalisierter Demokratie und soziologischer Migrationsforschung bildeten das Hauptthema der Tagung. Dabei ging es zum einen um die Reflektion, ob und welche Bedeutung dem Demokratiebezug bei der Bestimmung des Themenfeldes, der Problemauswahl, der Fragestellung und der theoretischen Einbettung in migrationssoziologischer Forschung zukommt. Zum anderen wurde in einer öffentlichen Podiumsdiskussion nach der Bedeutung der soziologischen Migrationsforschung für die gesellschaftliche Diskussion gefragt – und welchen Beitrag sie dem idealtypisierten eigenen Selbstverständnis nach aktiv leisten kann und leisten soll.

Migrationsforschung als Public Sociology?

In der öffentlichen Podiumsdiskussion mit dem Titel „Umstrittene Migration, engagierte Soziologie“ ging es – ausgehend von der populistisch aufgeheizten Diskussion über Thilo Sarrazins Buch ‚Deutschland schafft sich ab‘ (2011) – um eine Reflektion der Erfahrungen mit migrationswissenschaftlicher Intervention in politische Debatten. Einleitend skizzierte Moderator *Norbert Cyrus* (Hamburg), anknüpfend an Michael Burawoys Überlegungen zu einer ‚Public Sociology‘, vier Haltungen, die MigrationswissenschaftlerInnen zum gesellschaftlichen Dialog einnehmen können: Kritische, akademische, öffentliche und politikberatende Haltungen.⁶ Die vier MigrationsforscherInnen *Annette Treibel*, *Naika Foroutan*, *Ludger Pries* und *Vassilis Tsianos* berichteten über ihre Aktivitäten und Erfahrungen mit der Beteiligung am gesellschaftlichen Diskurs. Sie repräsentier(t)en dabei die vier unterschiedlichen Haltungen in der Frage, auf welche Weise soziologische Expertise in die öffentliche Debatte eingebracht werden kann oder soll – oder welche Gründe es auch gibt, davon Abstand zu nehmen. In der ersten Fragerunde ging es um die konkrete Darstellung der unterschiedlichen Herangehensweisen und in einer zweiten Fragerunde um eine Einschätzung vor dem Hintergrund der jeweiligen Erfahrungen.

Ludger Pries (Bochum) stellte als Mitglied (seit 2011) und stellvertretender Vorsitzender (seit 2012) des Sachverständigenrats der deutschen Stiftungen für Migration und Integration (SVR) die Etablierung und Institutionalisierung der angewandten Forschung durch Expertisen und Politikberatung als eine Handlungsmöglichkeit einer engagierten Soziologie vor. Es ginge aber nicht darum, als ‚politische Kampftruppe‘ aufzutreten, sondern Informationen und Daten durch ExpertInnen aufbereiten zu lassen und in wissenschaftlichen Untersuchungen und Gutachten nicht nur sporadisch, sondern kontinuierlich zugänglich zu machen. Es handele sich um evidenzbasierte Analysen, die zugleich durchaus engagiert sind und in die Politikberatung kontinuierlich einfließen.

Vassilis Tsianos (Hamburg) berichtete als Mitglied des 2008 gegründeten Netzwerks kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) von der Initiative, über die Online-Petition ‚Demokratie statt Integration‘ öffentlich Stellung zu beziehen. Diese Kampagne wurde im Herbst 2010 publiziert und von 3.805 UnterzeichnerInnen unterstützt.⁷ Dabei wurde die im Anschluss an das

⁵ Grundlegend dazu die Arbeiten von Peter Weingart, vgl. u.a. Weingart, Peter; Carrier, Martin; Krohn, Wolfgang (2007), Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft, Weilerswist: Velbrück; Boswell, Christina (2012): The Political Uses of Expert Knowledge: Immigration Policy and Social Research, Cambridge: Cambridge University Press.

⁶ Burawoy, Michael (2005), For Public Sociology, in: American Sociological Review, 70 (4) 4-28.

⁷ vgl. <http://demokratie-statt-integration.kritnet.org/> [Zugriff vom 7.4.2014]

Buch von Sarrazin geführte Integrationsdebatte als rassistisch bezeichnet. Die öffentliche und explizit politisch argumentierende Stellungnahme entspreche dem Selbstverständnis einer kritischen Wissenschaft. Der Aufruf, so betonte Tsianos, habe bewusst provozieren wollen und sei als „performative Absetzung“ vom Integrationsdiskurs gemeint gewesen. Das Plädoyer für ein „Integrationsmoratorium“ halte er aufrecht. Die Formulierung ‚Demokratie statt Integration‘ sei möglicherweise nicht so glücklich gewählt.⁸

Über eine andere Reaktionsform berichtete *Naika Foroutan* (Berlin). Als Leiterin eines laufenden Forschungsprojektes zu Stand und Prozessen der Integration verfügte sie über Informationen und Daten, die die Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Überprüfung der Argumente und statistischen Angaben, die als Belege der Behauptung einer gescheiterten Integration ins Feld geführt worden waren, zeitnah möglich machte.⁹ Im Sinne einer öffentlichen Soziologie wurden diese Erkenntnisse über Lücken, Fehler und falsche Tatsachenbehauptungen als Beitrag zu einer aktuellen politischen Debatte der Öffentlichkeit über die Medien zugänglich gemacht. Für WissenschaftlerInnen, so Foroutan, sei es allerdings „frustrierend“, wie gering die Durchschlagkraft der sachlichen Auseinandersetzung sei; insofern habe sie den Aufruf des Netzwerks Kritische Migrationsforschung zum gegebenen Zeitpunkt für sinnvoll gehalten.

Schließlich ging *Annette Treibel* (Karlsruhe) auf die Positionen der DGS zum Verhältnis zwischen Soziologie, Öffentlichkeit und (Tages-) Politik ein. Laut ihrer Einschätzung der entsprechenden Debatten in DGS-Gremien (Konzil oder Sektionssprecherversammlungen) geht die Mehrheit der in Gremien aktiven DGS-Mitglieder davon aus, dass man sich mit öffentlichen Statements zurückhalten will und als DGS auch soll. Vereinfacht gesprochen, möchten die meisten SoziologInnen als WissenschaftlerInnen und nicht als StaatsbürgerInnen wahrgenommen werden und sehen konfligierende Rollen zwischen ihrer professionellen Tätigkeit und ihrer politischen Zeitgenossenschaft: ‚Das geht keinen was an‘; ‚ich könnte vereinnahmt werden‘; ‚dann muss ich ja unterkomplex argumentieren‘; ‚damit beschädige ich meine Position als WissenschaftlerIn‘. Auch das Gros der MigrationsforscherInnen sei wohl zur sogenannten ‚schweigenden Mehrheit‘ zu zählen, wie überhaupt die DGS bei allen Bemühungen um eine öffentlichkeitswirksamere Soziologie¹⁰ sich gemäß ihrer Satzung, ihres Selbstverständnisses und dem ihrer Mitglieder als primär und ausschließlich wissenschaftliche Organisation versteht. Treibel vertrat die These, dass die schweigende Mehrheit der Migrationsforschung *in so erheblicher Weise* zurückhaltend sei, dass überhaupt kein Rollenkonflikt stattfindet. Das fatale Ergebnis sei, so Treibel, dass SoziologInnen auch als WissenschaftlerInnen (!) kaum sichtbar seien. So vergesse ‚die‘ Öffentlichkeit häufig, dass es die Soziologie überhaupt gibt.¹¹

Im Anschluss an diese Statements diskutierten Plenum und Podium lebhaft das Für und Wider des Integrationsbegriffs einerseits und einer Public Sociology im Sinne Burawoys andererseits. So wurde auf eine bestehende Dilemma-Situation hingewiesen, die insbesondere die WissenschaftlerInnen mit offensichtlichem Migrationshintergrund auch persönlich betrifft. Sie erleben mehr oder weniger subtile rassistische Ausgrenzung als alltägliche persönliche Erfahrung; sie machen aber auch die Erfahrung, dass ihnen die Aufgaben der kritischen Aufarbeitung und Reaktion auf Rassismus ‚überlassen‘ wird und sie sich allein gelassen fühlen. Zudem birgt das Eingehen auf Provokationen immer auch die Gefahr der Aufwertung und Beförderung einer politisch unkorrekten Debatte. Migrationsforschung, so wurde ergänzt, ist schon mit Blick auf die normativen und epistemologische Konstitution des Untersuchungsgegenstandes keine wertneutrale Angelegenheit, sondern

⁸ vgl. Tsianos, Vassilis S.; Karakayali, Juliane (2014), Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64 (13-14) 33-39.

⁹ vgl. Foroutan, Naika (Hg.) (2011): *Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland*, Berlin: Humboldt-Universität.

¹⁰ vgl. etwa das 2011 eingeführte Format des Blogs der DGS (<http://soziologie.de/blog/>)

¹¹ vgl. Treibel, Annette; Stefan Selke, Stefan (2012), *Soziologie für die Öffentlichkeit – zwei Perspektiven*, in: *Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 41 (3) 398-421; vgl. Treibel, Annette (2014), *Ein Begriff am Ende? Was man gewinnt, und was man verliert, wenn man aufhört, von Integration zu sprechen*, in: Löw, Martina (Hg.): *Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012*, Frankfurt/M.; New York: Campus (erscheint im August 2014).

demokratischen und menschenrechtlichen Werten verpflichtet. Es sei daher auch eine Verpflichtung und Gebot der Fairness, dass Migrationsforscherinnen sich in Debatten zu Wort melden und den Einspruch ganz bewusst nicht nur den direkt Angegriffenen zu überlassen. Der Migrationsforschung, so wurde unter Rückbezug auf die von Burawoy unterschiedenen Haltungen argumentiert, stehen dabei für mögliche öffentliche Interventionen verschiedene Register zur Verfügung. Diese sollten auch arbeitsteilig genutzt werden. Allerdings wird nicht jeder, der Stellung bezieht, auch „erhört – und man solle sich als MigrationsforscherIn nicht zu stark vom öffentlichen Diskurs vereinnahmen und durch kurzfristige Ereignisse vom Forschungsschwerpunkt ablenken lassen.

Thesen und Verlauf der Debatten: Vorträge und Forschungsprojekte

Im ersten Panel am 24. Oktober 2013 ging es unter der Moderation von *Ulrich Bielefeld* (HIS) um die Thematik „Integrative Demokratie – demokratische Integration“. In seiner Eröffnung wies Bielefeld in einer biografischen Reminiszenz darauf hin, dass er als Gast bei der Gründung der Sektion „Migration und ethnische Minderheiten“ im Jahr 1985 anwesend gewesen sei.¹²

Ursula Birsl (Marburg/L.) machte mit ihrem Vortrag über „Bürgerschaft und Demokratie in der Migrationsgesellschaft“ den Auftakt. Sie spannte aus politikwissenschaftlicher Perspektive einen breiten Bogen zu grundsätzlichen Fragen der Freiheit, Gleichheit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft. Angesichts der wachsenden Heterogenität der Herkunftsgruppen in der deutschen und in anderen europäischen Gesellschaften sowie der Unterscheidung von Wohn- und Wahlbevölkerung lotete sie unter Rückgriff auf Ansätze von Demirovic, Fijalkowski und Marshall die unterschiedlichen Spannungsverhältnisse zwischen Bürgerrechten und Menschenrechten aus. Birsl thematisierte die Frage der Repräsentation der (Interessen von) MigrantInnen theoretisch-systematisch und politisch.¹³

In der Diskussion ging es u.a. um den Begriff der Migrationsgesellschaft und die Frage, inwieweit der Migrationshintergrund für Fragen der Teilhabe ausschlaggebend sei. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass Beteiligung nicht gleichzusetzen sei mit Wahlverfahren und die Unterscheidung zwischen de-facto und de-jure-Rechten sowie die gewachsene Bedeutung europäischer Bürgerschaftsrechte in die Analyse einzubeziehen sind. Außerdem wurde die Frage aufgeworfen, was mit den kurzfristig Anwesenden sei.

Nikola Tietze (Hamburg) reflektierte im Anschluss über „Migrationsforschung als Soziologie der Kritik“ und griff dabei auf Boltanski/Chiapello, Thévenot, Rahel Jaeggi und Foucault zurück. Aus ihrer Sicht weist die Migrationsforschung ein erhebliches Defizit auf, da sie die Kritik von EinwanderInnen an der Einwanderungsgesellschaft, ihre kritische Kompetenz nicht systematisch berücksichtigt. Die AkteurInnen seien weder nur Opfer noch nur Nutzen-Maximierer. Statt über Fragen der Integration zu debattieren, müssten die MigrantInnen selbst eine Chance erhalten, ihre Kritik und ihre normativen Erwartungen, z.B. ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit zu thematisieren. Mit Blick auf ihre eigene Forschung plädierte sie dafür, etwa unterschiedliche Zugehörigkeitskonstruktionen (muslimisch, kabyllisch, palästinensisch) zu verdeutlichen. Eine „integrative Demokratie“, so Tietze, müsse Spannungen und Konflikte aushalten.¹⁴

In der Diskussion wurde u.a. nach dem Konstrukt der „normativen Erwartungen“ sowie der methodischen Umsetzung eines praxeologischen Zugriffs gefragt und darauf hingewiesen, dass eine

¹² Zur Entstehungsgeschichte der Migrations- und Integrationsforschung in Deutschland sei der Beitrag des Gründungsmitglieds der Sektion Friedrich Heckmann empfohlen, den dieser im Jahr 2013 in der Festschrift zum 60-jährigen Bestehen des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) veröffentlicht hat (vgl.

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/60-jahre-festschrift-forschung.html?jsessionid=5B0ACE2B6EC906ACD4B9FCDC1E3FC468.1_cid361; Zugriff vom 7.4.2014])

¹³ Vgl. Birsl, Ursula; Westle, Bettina (2014), Bürgerschaft und Demokratie in der Migrationsgesellschaft, in: Hunger, Uwe u.a. (Hg.): Migrations- und Integrationspolitik im europäischen Vergleich, Berlin u.a.: LIT, 321-353.

¹⁴ Vgl. Tietze, Nikola (2012), Imaginierte Gemeinschaft: Zugehörigkeiten und Kritik in der europäischen Einwanderungsgesellschaft, Hamburg: Hamburger Edition; sowie Tietze, Nikola (2013), Soziologie und Verschwörung: Plädoyer für die konflikttheoretische Erweiterung der Soziologie der Konventionen, der Rechtfertigung und der Kritik, in: Mittelweg 36, 22 (4) 38-56.

solche Soziologie der Kritik ‚überall ginge‘ und keineswegs auf EinwanderInnen und ihre Nachkommen beschränkt bleiben müsse.

Den Schlusspunkt dieses Panels setzte *Ludger Pries* (Bochum) mit seinem Beitrag zur „Chancengleichen Teilhabe als Integration in der Migrationsgesellschaft“. Im Rückblick auf die Zeit vor und nach dem migrationspolitischen „Paradigmenwechsel“ von 2000 in Deutschland plädierte er für eine Beibehaltung der Integrations-Perspektive in der Form, wie sie der SVR in seinem Gutachten von 2004 entwickelt habe. Mit der dort entwickelten Definition von Integration sei er „zu 95 Prozent einverstanden“. Kritik übte er etwa an dem Ansatz von Hartmut Esser; dessen Begriff der multiplen Inklusion sei „etwas für Diplomatenkinder“. In Anlehnung an Autoren wie Amartya Sen sprach er sich für neue zentrale Konzepte einer „vorausschauenden Teilhabe“ und „transnationalen Mobilität“ aus.¹⁵

In der Diskussion ging es sowohl um Nachfragen als auch um unterschiedlich begründeten Widerspruch. „Vorausschauende Teilhabe“ sei das Korrektiv für „nachholende Integration“, bestätigte Pries auf Nachfrage. Der Essersche Ansatz wurde gegen Pries verteidigt. Das Integrations-Verständnis wurde als unsoziologisch kritisiert oder der Integrationsbegriff in seiner Notwendigkeit überhaupt bezweifelt.

Im nächsten Panel wurden zwei aktuelle Forschungsprojekte präsentiert. Zunächst stellte *Susanne Worbs* (Nürnberg/Schwäbisch Gmünd) ihre am BAMF entstandene Studie zum Thema „Deutsche/r werden – Deutsche/r bleiben? Demokratische Implikationen der Optionsregelung“ vor. Die Optionsregelung und insbesondere die dabei zu beachtenden Fristen sorgten, so Worbs, laut der 2012 und 2013 durchgeführten qualitativen und quantitativen Erhebungen bei den Betroffenen für beträchtliche Irritationen und Entscheidungsnöte. Mit Stand von Ende 2012 hätte sich die Mehrheit für den deutschen Pass entschieden. Für die „Risikogruppe der Zögerer“ zeige sich eine erhebliche Unkenntnis, die sich für sie nachteilig auswirken könne.¹⁶

Im Anschluss referierte *Constantin Wagner* (Frankfurt/M.) über „Weißsein“ als Dimension des Öffentlichen Dienstes“. Wagner stellte seinen grundlegenden Ansatz als „Kritische Weißseinsforschung“ vor, wobei diese Ansätze in der Umsetzung noch verbessert werden müssten; empirische Befunde stellte er mit Blick auf eine Studie am Schweizerischen Sozialamt vor. ‚Weiß‘ sei keine eindeutige, sondern eine relationale und von den InhaberInnen nicht reflektierte Kategorie. Die Frage danach, weshalb in der Behörde keine ‚People of Colour‘ beschäftigt seien, sei im Grunde von den befragten Beschäftigten weißer Hautfarbe nicht verstanden worden.

Im dritten Panel am 25. Oktober 2013 ging es zunächst unter der Moderation von *Frank-Olaf Radtke* (Frankfurt/M.) um weitere aktuelle Forschungsprojekte.

Christiane Bausch (Duisburg-Essen) reflektierte in ihrem politikwissenschaftlichen Beitrag „Inklusion durch Selbstvertretung? Die Repräsentationsleistung von Ausländer- und Integrations(bei)räten“ das Konzept der Repräsentation und berichtete über ihre Untersuchung in vier ausgewählten Städten. In den dort im Zeitraum 2005 bis 2009 geführten Leitfadenterviews ging es vor allem um die Frage, als wessen VertreterInnen sich die Mitglieder sehen. Bausch wies darauf hin, dass durch das Repräsentationsprinzip stets die Gefahr der Essentialisierung bestehe – eine absolute Dekonstruktion hielt sie jedoch auch nicht für angemessen. Ihre Befunde, so Bausch, zeigten die Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion, die Marginalisierung schwacher Interessen und insgesamt eine „deskriptive Repräsentation“.¹⁷

¹⁵ vgl. Pries, Ludger (2013), Weder Assimilation noch Abschaffung des Integrationsbegriffs – für ein transnationales Mobilitäts- und Teilhabeverständnis, in: Krüger-Potratz, Marianne; Schroeder, Christoph (Hg.), Vielfalt als Leitmotiv, Göttingen: V& R unipress, 17-36.

¹⁶ vgl. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb16-optionsregelung.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff vom 7.4.2014]

¹⁷ vgl. Bausch, Christiane (2013), Kollektive Identität und politische (Selbst-)Repräsentation am Beispiel von Migrant_innenvertretungen. in: Jähnert, Gabriele u.a. (Hg.): Kollektivität nach der Subjektkritik. Geschlechtertheoretische Positionierungen. Bielefeld: transcript, 117-136.

Patricia Pielage (Bielefeld) referierte aus dem Kontext des SFB 882 „Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten“ an der Universität Bielefeld über das Projekt „Migration, Integration und Demokratie an der Universität – eine kritische Perspektive“. Sie legte dabei einen konstruktivistischen Ansatz zugrunde und untersuchte sekundär- und diskursanalytisch die Flyer von Universitäten im Hinblick auf Ethnizität.¹⁸ In Anlehnung an Brubaker und Wimmer ging es ihr ausdrücklich nicht um Integration und Bildungsperformance, sondern um organisatorische Mechanismen der ‚Herstellung‘ bildungserfolgreicher MigrantInnen. In ihrem Vortrag nahm sie auch direkt Stellung zum Thema der Podiumsdiskussion vom Vortag. Aus ihrer Sicht könne Migrationsforschung gar nicht anders, als öffentlichkeitswirksam zu sein, man müsse allerdings reflektieren; „Wo spreche ich als Wissenschaftlerin, wo als Aktivistin?“

Linda Supik (Münster; Essen) stellte Ergebnisse aus ihrer Dissertation vor und referierte über „Statistik und Rassismus. Die statistische Erfassung von ‚Rasse‘/Ethnizität und die Messung von Diskriminierung am Beispiel des britischen Zensus“. Auf der Grundlage des Gouvernamentalitäts-Ansatzes und einer sowohl diachronen als auch synchronen Perspektive analysierte sie die dritte Dekade des britischen Zensus. In den sog. Tickboxes sei die „subjektive Selbstauskunft“ entscheidend, wobei es offensichtlich ein subjektives Bedürfnis nach gründlicherer, detaillierter ‚Sortierung‘ gebe. Der Zensus vermeide grundsätzlich den Begriff „race“, sondern spreche von „panethnic groups“. Der grundlegende Ansatz sei nahezu „Anti-Integration“ und „Pro-Anti-Diskriminierung“. Abschließend plädierte Supik dafür, den britischen Zensus zu übernehmen.¹⁹

Im anschließenden vierten Panel wurde unter der Moderation von *Magdalena Nowicka* (Berlin) zwei Vorträge zur Fragestellung „Geschlossene Grenzen – Offene Demokratie: Wie passt das zusammen?“ gehalten, welche die Tagung zugleich abrundeten.

Zunächst stellten *Steffen Mau* und *Christof Roos* (Bremen) ihren Beitrag mit dem Titel „Partikularistischer Universalismus. Paradoxien im Diskurs um die Öffnung und Schließung von Grenzen“ vor. Mau/Roos wiesen in ihrer Politik-, Makro- und Diskursanalyse auf die zahlreichen und widersprüchlichen Konzepte und Normierungen bei der Thematisierung von Grenzen hin. Sie warfen die Frage auf, ob „liberale Staaten“ denn auch „liberale Grenzen“ hätten. Während der Rekurs von Kant über Rawls bis Walzer kein ‚Recht auf freien Zugang‘ begründen könne, plädierten neuere Ansätze für Offenheit und das „right to move“. Gleichwohl sei in der „OECD-Welt“ die Spannung von Öffnung und Schließung nicht aufgehoben. Genereller gehe es bei dieser Debatte mehr um Mobilität und weniger um Migration. Von ‚no-border-AktivistInnen‘ abgesehen, hält die Mehrheit der politischen Akteure nach den Befunden von *Mau/Roos* Freizügigkeit für idealistisch; es dominiere ein „partikularistischer Universalismus“, der sich an den Anforderungen von ‚local justice‘ orientiere.²⁰

Anja Weiß (Duisburg-Essen) verdeutlichte in ihrem abschließenden Vortrag über „Nationalstaat – Wissenschaft – Demokratie“ nochmals die großen Linien der Tagung und nahm außerdem eine eigene programmatische Positionsbestimmung vor. Sie bezog sich dabei auch auf ihre eigene Forschung zur Migration von Hochqualifizierten.²¹ Für *Weiß* trägt die Mehrheit der Beiträge in der Migrationsforschung immer noch an der „Hypothek des methodologischen Nationalismus“, wonach es

¹⁸ vgl. Burger, Hannah; Pfaff-Czarnecka, Joanna; Pielage, Patricia (2013), Heterogenität an der Universität – Studieren mit Migrationshintergrund. Skizze eines Forschungsprojekts, in: Brandl, Heike; Arslan, Emre; Langelahn, Elke; Riemer, Claudia (Hg.), Mehrsprachig in Wissenschaft und Gesellschaft. Mehrsprachigkeit, Bildungsbeteiligung und Potenziale von Studierenden mit Migrationshintergrund, Bielefeld: Universität Bielefeld (<http://pub.uni-bielefeld.de/publication/2611277>; Zugriff vom 7.4.2014).

¹⁹ vgl. Supik, Linda: Statistik und Rassismus. Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität, Frankfurt a. M.; New York: Campus (erscheint Herbst 2014).

²⁰ vgl. Mau, Steffen; Brabandt, Heike (2011), Visumpolitik und die Regulierung globaler Mobilität. Ein Vergleich dreier OECD-Länder, in: Zeitschrift für Soziologie 40 (1) 3-23; Mau, Steffen; Brabandt, Heike; Laube, Lena; Roos, Christof (2012), Liberal States and the Freedom of Movement: Selective Borders, Unequal Mobility, Palgrave Macmillan; Roos, Christof (2013), The EU and Immigration Policies. Cracks in the Walls of Fortress Europe? Palgrave Macmillan.

²¹ vgl. Weiß, Anja (2010), Vergleiche jenseits des Nationalstaats. Methodologischer Kosmopolitismus in der soziologischen Forschung über hochqualifizierte Migration, in: Soziale Welt 61 (3/4) 295-311.

ohne Nationalstaat keine Migrationsforschung gäbe. Tatsächlich seien die notwendigen Datengrundlagen für eine transnationale Migrationsforschung, etwa zur Rückkehrmigration, noch in den Anfängen begriffen. In ihren wissenschaftssoziologischen Erläuterungen äußerte sie sich zu so unterschiedlichen Ansätzen wie dem von Esser einerseits und der Grenzregime-Forschung andererseits. Ihre eigene Position markierte sie im Bereich der Ansätze zur globalen Gerechtigkeit in Anschluss an Fraser oder Sen.

In der Diskussion wurde auf unterschiedliche Anknüpfungsmöglichkeiten für die Migrationsforschung hingewiesen, die (noch) stärker genutzt werden könnten: Diese reichten – bei allem Transnationalismus – von der Historischen Nationalstaatsforschung bis zur Soziologie der Mobilität in Anlehnung an John Urry.

Zusammenfassung und Ausblick

Aus Sicht der VeranstalterInnen wurden die aktuellen Forschungsbeiträge sowie der Demokratiebezug und Öffentlichkeitsbezug der Migrationsforschung über Erwarten intensiv und lebhaft erörtert. Als zentrale Befunde können festgehalten werden: Die Sarrazin-Debatte (2010) stellt offenkundig eine Zäsur für die Thematik der Tagung dar. Aktueller Bezugspunkt der Diskussionen waren außerdem die zum Zeitpunkt der Tagung (Oktober 2013) besonders virulente Thematik von Flucht (insbesondere die ertrunkenen Flüchtlinge vor Lampedusa), Asyl und sogenannte binneneuropäische Armutsmigration. Den Integrations-Begriff empfinden viele KollegInnen als politisch so stark aufgeladen, dass auf ihn häufig bewusst verzichtet wird. Die Werthaltigkeit von Positionen ist kein ‚Privileg‘ einer Seite: Sie ist sowohl bei BefürworterInnen als auch bei GegnerInnen des Integrations-Konzepts feststellbar. Die ‚Lagerbildungen‘ in der Migrationssoziologie werden teils beklagt, teils pragmatisch konstatiert; gleichzeitig werden interdisziplinäre Anschlüsse für unverzichtbar gehalten. Die Frage des Selbstverständnisses schwingt offenkundig immer mit, ohne ausführlich (genug) thematisiert zu werden. Positionierungen in Wissenschaft und Politik, die an einen herangetragen werden oder die man selbst vornimmt, werden von den Kolleginnen und Kollegen mehrheitlich als Dilemmata erlebt.

Von Seiten der TeilnehmerInnen gab es zahlreiche positive Rückmeldungen zur Tagung, bei der es sich um eine gelungene Kombination von unterschiedlichen Zugängen und Inputs gehandelt habe. Was bleibt, sei ‚nie genug Zeit für Diskussion‘. Dies wurde auch daran deutlich, dass sich die angeregte Debatte zu „Umstrittene Migration, engagierte Soziologie“ auf der Mitgliederversammlung der Sektion fortsetzte. Sie markierte den Bedarf, die Spannung zwischen ‚Engagement und Distanzierung‘, zwischen Wissenschaft und Zeitgenossenschaft auch in Zukunft und noch stärker als integralen Aspekt und Herausforderung der soziologischen Migrationsforschung kontinuierlich und systematisch zu reflektieren.